

02 - ANTRAG des ÖWB  
an das Wirtschaftsparlament  
der Wirtschaftskammer Österreich am 28.11.2019

07.11.2019

### **Klimaschutz von und mit der Wirtschaft - Anreize statt zusätzlicher Belastungen**

#### **1. Unternehmer tragen bereits wesentlich zum Klimaschutz bei:**

Österreichs Wirtschaft nimmt den Umwelt- und Klimaschutz ernst. Die Wirtschaftskammer Österreich bekennt sich zu einem wirtschaftlichen, vorausschauenden und ausgewogenen Umweltschutz.

Dank dem verantwortungsvollen Umgang der österreichischen Unternehmer mit den natürlichen Ressourcen, dem fortschrittlichsten Abfallwirtschaftssystem und dem Einsatz energieeffizienter Maßnahmen trägt Österreich nur in sehr geringem Ausmaß zum Treibhausgasausstoß weltweit bei.

Die Österreichische Wirtschaft bekennt sich zu ihrer Verantwortung und erfüllt dadurch den Wunsch der Bevölkerung nach dem Schutz der Umwelt.

Die Wirtschaft ist Ressourcenverbraucher und Enabler der Energiewende zugleich. Veranschaulicht wird dies am Beispiel der chemischen Industrie, die mit erheblichem Energieeinsatz Produkte herstellt, die beim Verbraucher zu großen Einsparungen führen und die Energiewende damit ermöglichen (z.B. Batterien, Dämmstoffe, Leichtmaterialien etc.). Auch KMU tragen durch Innovation und Engagement und regionaler Wertschöpfungsketten zum Klima- und Umweltschutz bei – die WKO begleitet die ressourcentechnischen Fortschritte durch ökologische Betriebsberatungen.

Die Wirtschaft macht den Klimaschutz, benötigt dafür aber die richtigen Rahmenbedingungen, die der Staat setzen muss.

So kommen 9 von 10 internationale Delegationen wegen der innovativen Umwelttechnik österreichischer Unternehmer. So trägt Österreichs Wirtschaft auch international zum Klima- und Umweltschutz bei. Darüber hinaus zeigt das Beispiel, dass hier nicht nur enorme Exportchancen für Österreichs Wirtschaft liegen, sondern sich Österreich weltweit als aktiver Unterstützer des internationalen Umweltschutzes etablieren kann.

#### **2. Die Wirtschaft ermöglicht Klimaschutz und treibt ihn voran:**

Es braucht keine wirtschafts- und innovationshindernden Umweltschutzmaßnahmen, sondern Anreize und Ermutigungen, damit sich die Wirtschaft weiter umweltfreundlich entwickeln kann.

Es müssen Anreize geschaffen werden, damit Unternehmer für umweltrelevante Gebiete (zB Energiespeicher, E-Mobilität, Wasserstoff) Forschungsabteilungen einrichten oder verstärken.

Dadurch wird Österreich zum Forschungs- und Innovationsstandort im Umweltbereich. Umweltfördernde Produkte werden erfunden, produziert und auch exportiert. Dadurch leisten wir global einen wesentlichen Beitrag zum Umweltschutz.

Allerdings sind gerade Genehmigungsverfahren, die fünf bis zehn Jahre dauern, im Bereich Energie und Mobilität der größte Hemmschuh, hier muss der Gesetzgeber für Abhilfe sorgen und den Rechtsrahmen für die Energiewende schaffen.

Verbote und zusätzliche Belastungen schützen die Umwelt nicht. Sie führen zur Abwanderung statt zur Vermeidung von Emissionen. Durch die Abwanderung der Wirtschaft in Staaten mit weniger strengen Standards, gehen Arbeitsplätze und Wohlstand verloren.

Nationale Alleingänge führen darüber hinaus zu unfairen Wettbewerbsnachteilen für die heimische Wirtschaft. Faire Rahmenbedingungen beginnen bei einem global gültigen CO<sub>2</sub>-Preis, weil ansonsten CO<sub>2</sub>-intensive Prozesse dorthin verlegt werden, wo CO<sub>2</sub>-Emissionen am wenigsten, oder sogar nichts, kosten.

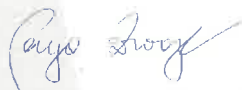
Nicht nur Förderungen können motivierend und unterstützend wirken, sondern auch Anreize steuerlicher Natur. Neben der Einführung eines Investitionsfreibetrages für „Ökoinvestitionen“, würde auch eine KEST-Senkung für „Grüne Anleihen“ die Veranlagung von privatem Kapital in ökologisch gewünschte Investitionen fördern.

Vor diesem Hintergrund stellen die unterzeichneten Delegierten daher folgenden.

### ANTRAG

Die Wirtschaftskammer Österreich wird aufgefordert, sich bei den zuständigen Stellen für eine gerechte und wirtschaftliche Energie- und Umweltpolitik einzusetzen, insbesondere für

- die Umsetzung der Klima- und Energieziele gemeinsam mit der Wirtschaft vor allem über Anreizsysteme,
- die Schaffung eines „Investitionsklimas“ in umweltfreundliche Maßnahmen, insbesondere durch steuerliche Anreize wie der KEST-Senkung für „Grüne Anleihen“ und Schaffung von Investitionsfreibeträgen für „Ökoinvestitionen“
- die technologieneutrale Förderung der Forschung, Entwicklung und Innovation im Bereich von Umwelt, Klima und Energie,
- beschleunigte Genehmigungsverfahren für Großprojekte, sonst kommen sie zu spät, und die Klimaschutzziele werden verfehlt,
- die Etablierung eines weltweit gültigen CO<sub>2</sub>-Preises im Rahmen des Pariser Klimavertrags auf Betreiben der Europäischen Union,
- eine objektive, ganzheitliche Betrachtung von Infrastrukturen und Technologien im Mobilitätssektor über die gesamte Wertschöpfungskette bis hin zu Verwertung und Entsorgung zur Vermeidung ungerechtfertigter Vorurteile gegen einzelne Mobilitätsformen.



---

Sonja Zwanzl  
Präsidentin, WK NÖ



---

Ing. Peter Nemeth  
Präsident, WK B



---

Mag. Alexander Klacsk  
Bundesspartenobmann, T&V